

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. - Post- bezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr Redaktion: Am Spandhaus 6. - Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 100 Pfg., von auswärts 125 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 300 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. - Entnahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. - Postcheckkonto Danzig 2945 Expedition: Am Spandhaus 6. - Telefon 3290.

Nr. 88

Donnerstag, den 15. April 1920

11. Jahrgang

## Neue Putschpläne der Reaktion.

### Neue Machenschaften der Reaktion.

Bürger und Arbeiter werden gut tun, sich auf kommende Ereignisse vorzubereiten. Allereinst Vorkommnisse der letzten Tage lassen darauf schließen, daß militaristische Kreise an einen neuen Putsch denken, und die Putschistenorgane haben schon ihre alte Freiheit wieder gefunden. Die Berliner „Freiheit“ meldet, daß die beiden wichtigsten Organisatoren des Rapp-Putsches, General v. Lüttwitz und Oberst Bischof, die stöckelnd verfolgt werden, sich in voller Sicherheit im vorpommerschen Kreise Franzburg aufhalten. Lüttwitz habe dort die Fäden einer über das ganze Reich ausgebreiteten neuen gegenrevolutionären Bewegung in der Hand, während Bischof auf seinen Reisen durch das ganze Reich den Ausbau der Organisationen vorziehe. Es werde nicht nur im Kreise Franzburg und im Reichswehrbezirk Stettin eine bewaffnete Macht für die Zwecke der Gegenrevolution geschaffen, es seien auch in Greifswald mehr als 500 Studenten bewaffnet und die gesamten Kampforganisationen der Reichswehr ständen in allerengsten Beziehungen zu dieser Zentrale der Gegenrevolution. Die preussische Regierung habe von allen diesen Vorgängen seit mehr als acht Tagen eingehende Kenntnis. Minister Braun habe erklärt, daß er unter Androhung seines Rücktritts sofort energische Maßnahmen verlangen werde. Trotzdem sei bisher nicht das geringste geschehen.

Von den „Politik-parlamentarischen Nachrichten“ wird hierzu gesagt, es sei richtig, daß der Regierungspräsident von Stralsund und der Staatskommissar für Mecklenburg beim preussischen Ministerpräsidenten Braun gewesen und ihn darüber berichtet habe, daß die Rappisten in Vorpommern nicht abrüsten, sondern im Gegenteil aufrüsteten, daß sie neue Zeitfreiwillige werben, und daß besonders die Greifswalder Studenten geschlossen zu neuen reaktionären Taten bereit stehen. Auch die Anwesenheit Bischofs wurde gemeldet, wogegen über den Aufenthalt von Lüttwitz nur unüberprüfte Gerüchte vorliegen. Der preussische Ministerpräsident hat diese Meldung sofort an die zuständigen Reichsinstanzen weitergeleitet, welche alsbald einen Bericht über die bisher getroffenen Maßnahmen vorzulegen werden. Der Staatskommissar für öffentliche Ordnung hat bereits seit acht Tagen die gründliche Untersuchung der Anwesenheit in die Wege geleitet, da er ihr die größte Wichtigkeit beimißt. Er hat alle Anordnungen getroffen, die der Verhinderung irgendwelcher reaktionärer Putsche in Pommern dienen können.

An Einzelheiten über die Organisation dieses zweiten Putsches wird dem „Vorwärts“ gemeldet, daß Oberst Bischof durch Mittelsmänner Führung mit Gewerkschaftsführern in Pommern gesucht hat. Selbstverständlich war die Antwort ungewiss.

Am 2. Osterfeiertag wurde auf dem Gut in Mehow nach Lüttwitz gefahndet. Man fand ihn nicht, stellte aber fest, daß sich vierzig andere Offiziere dort befanden, die einen ständigen Kurierdienst nach allen Teilen des Reiches unterhalten und planmäßig eine neue Gegenrevolution vorbereiten. Die Art, wie für den zweiten Putsch geworben wird, geht aus Schriftstücken hervor, die der „Vorwärts“ veröffentlicht. Da ist ein Brief eines Offiziers einer Abteilung Deutschmeister, gerichtet an einen Leutnant in Potsdam, dem mitgeteilt wird, daß er und ein Freund in die Abteilung Deutschmeister eintreten können. Gleichzeitig wird aufgefordert, Mannschaften mitzubringen, damit der Leutnant bald in eine Führerrolle vorrücken kann. Zwei falsche Ausweise und falsche Fahrtscheine sind beigelegt. Ausweise für die mitzubringenden Mannschaften solle sich der Leutnant bei bekannten Reichswehroffizieren ausstellen lassen. Meldungen sollen sich die Ankommen im Pfarrhause in Gr. Logitz, Kr. Labiau. Juden sollen nicht mitgebracht werden, weil die Truppe antijüdisch ist.

Vielleicht läßt sich nun auch erklären, woher die Meldung stammt, daß die Regierung beabsichtige, die bayerischen Truppen in Dortmund zu entwaffnen und aufzulösen. Wahrscheinlich wurde diese Nachricht von den Organisatoren des zweiten Putsches verbreitet, um das bayerische Korps Epp, das Beweise sehr reaktionärer Gesinnung gegeben hat, so zu präparieren und in Aufregung zu versetzen, um es im geeigneten Moment gegen die Regierung verwenden zu können. Ziel Vorbereitung braucht es bei diesem Korps allerdings heute schon nicht mehr. Aus alledem geht hervor, wieviel Arbeit noch zu leisten ist, um die Demokratie in Deutschland vor den Reaktionen zu sichern.

Der heutige „Vorwärts“ beschäftigt sich mit der Putschgefahr und deren Abwehr. Der Reichsverband Groß-Berlin der sozial demokratischen Partei fordert die Comissen auf, der Republik im Kampfe gegen ihre inneren Feinde gegebenenfalls mit der Waffe in der Hand zu stehen. Wie das „Berl. Tagebl.“ schreibt, hat das Blatt auf die Gerüchte, daß ein neuer Militärputsch unmittelbar bevorstehe, die auch in Ententekreisen einen Widerhall gefunden haben, den britischen Geschäftsträger in Berlin Lord Kil-

mantock interviewt, der erklärte, daß die britische Regierung einen neuen Militärputsch entschieden zurückweisen werde. Jede Möglichkeit, Deutschland zu helfen, würde durch Gewaltaktionen gestört werden. Jeder Versuch, ein reaktionäres Regime aufzurichten, würde von der öffentlichen Meinung Englands aufs schärfste verurteilt werden.

### Schwere Unklagen gegen den unabhängigen Abg. Braß.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung sprach als erster der Abg. Braß (U. S.): Es ist Schwindel, daß ein Putsch von links von langer Hand vorbereitet gewesen sei. Wenn ein Schutz der Ruhrbergwerke nicht zu vermeiden ist, so ist eine Befehung seitens der Entente derjenige durch die Reichswehr vorzuziehen, denn es handelt sich um eine Sache der europäischen Arbeiterchaft. (Pfeifrufer). Die Reichswehr hat die Situation im Ruhrgebiet erst geschaffen. Es ist verständlich, daß gegenüber dem Militärputsch der Gedanke an eine Arbeiterrepublik aufsteige. Beziehungen bestehen zwischen den deutschen und den russischen Revolutionären. Die Bolschewisten stellen sich auf den Boden des Völkerverständnisses und wollten es halten. Leider übertrug man die Ausführungsbestimmungen an General v. Watter. Die Arbeiter konnten gar nicht darauf eingehen. Die Regierung scheint das ja auch eingesehen zu haben. Die christlichen Gewerkschaften haben die Reaktion unterstützt. Ein Teil der Arbeiterchaft hat flüchten müssen unter den Schutz der Entente vor der wütenden Reichswehr. Diese Verfassung liegt in den letzten Zügen. Wir befinden uns in der Neuorganisation eines Rapp-Putsches. Die Regierung muß sich mehr auf die organisierte Arbeiterchaft stützen und die acht Punkte bewilligen.

Nachdem der Reichspostminister Siebarts über seine Verhandlungen im Ruhrgebiet berichtet hatte, nahm der Reichswehrminister Gessler das Wort. Seine Rede erregte wegen der darin aufgedeckten Machenschaften des unabhängigen Braß das größte Aufsehen.

#### Reichswehrminister Gessler:

Wir kommen nicht aus den jetzigen Verhältnissen heraus, wenn wir die Atmosphäre des Mißtrauens nicht zerstreuen. Dazu trug die Rede des Abg. Braß nicht bei. Wenn wir die Reichswehr wieder aufbauen wollen, muß man ihr auch den Rechtsschutz zubilligen, der jedem Deutschen zufließt. Reformiert werden muß der Nachrichten- dienst und der Aufklärungsdiens. Wir wollen Truppen aus dem Ruhrgebiet abziehen; aber das können wir erst, wenn das Gebiet von Waffen gesäubert ist. Es kann keine Beruhigung eintreten. Wenn gesagt wird, daß viele Leute im Ruhrgebiet lieber die Senegalnege als die Reichswehr sehen, so kann das doch kein Mensch sagen, der einen Tropfen deutschen Blutes in den Adern hat. Die Dortmunder Stadtverordnetenversammlung, in der auch Unabhängige sitzen, hat einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Notwendigkeit des Eingreifens der Reichswehr anerkannt wird. Solche Dokumente sollte Herr Braß mitnehmen, wenn er wieder zur Rheinland-Kommission nach Koblenz geht. (Hört, hört!)

In einem Telegramm des Oberpräsidenten in Koblenz vom 10. April heißt es: Der unabhängige Sozialdemokrat Otto Braß aus Remscheid, sowie drei Kommunisten sind vorangetrieben unter Führung eines französischen Offiziers (hört, hört!) bei der Rheinland-Kommission erschienen und haben angegeben, daß die Truppen in der neutralen Zone des Ruhrreviers nicht 18 000, sondern 80 000 Mann betragen. (Stürmische Pfeifrufer bei der Mehrheit, Rufe rechts: „Raus mit dem Lumpen!“) Eingreifen der Reichswehr sei überflüssig gewesen. Richtige Stellung bei der amerikanischen Vertretung ist unerreicht erfolgt. Nach einem Pariser Telegramm bringt das „Journal“ ein Interview mit dem unabhängigen Braß, der erklärt, dafür Dokumente zu besitzen, daß im Augenblick des Rapp-Putsches drei Freikorps entgegen dem Friedensvertrag im Ruhrrevier anwesend gewesen sind. (Pfeifrufer rechts.) Und nun kommt, was mich am meisten erregt. Braß händigte dem Interviewer bestimmte Dokumente aus, um General Watter's Einverständnis mit dem reaktionären Putsch zu erwirken. (Stürmische Pfeifrufer bei der Mehrheit.) Was also die Minister Giesberts und Braun vom Abg. Braß in Bielefeld nicht erreichen konnten. Aushandlung der Dokumente, diese Dokumente hat Herr Braß dem französischen Journalisten übergeben. (Stürmische Pfeifrufer, Rufe bei der Mehrheit und Rufe rechts: „Lump, Schuft, raus mit dem Kerl! Landesverräter!“) Wem es mit der Entgiftung der Entente ernst ist, und wer daraus nicht eine agitatorische Seezunge machen will, hat heute die Verpflichtung, alles Material der Regierung zu übergeben. (Rufe rechts: „Warum wird dieser Hochverräter nicht verhaftet?“)

Die Waffenablieferung ist bis jetzt ganz ungenügend. Wir hoffen, daß wir in kurzer Zeit weite Gebiete des Industriegebietes militärisch in Ordnung haben. Wer will, daß wir nicht müßlich der Ruhr einrücken, der Sorge dafür,

daß dort die Waffen abgeliefert werden. Gegen Herrn Ehrhardt ist Haftbefehl erlassen. Wir werden versuchen, die Brigade Ehrhardt aufzulösen. Wenn das nicht geht, wird sie mit Gewalt aufgelöst. Die auf Gütern in Pommern sich noch befindlichen Reste von Putschtruppen müssen auch weg. Wir müssen die Reichswehr aufbauen. Die Truppen erwarten von der Nationalversammlung ein Wort der Anerkennung. (Bravo.) Die Sicherheitswehr hat ebenso Anspruch auf Dank.

Abg. Braß erklärte in einer persönlichen Bemerkung: Dokumente, die der Regierung nicht bekannt gewesen wären, habe ich dem französischen Journalisten nicht gegeben. Daß ich die Dokumente bei meiner Anwesenheit im Ruhrgebiet nicht an die Regierung gegeben habe, lag daran, daß sie nicht in meinen Händen waren. Eine Rücksprache zwischen mir und der Rheinland-Kommission hat am 7. April nachmittags 4 Uhr stattgefunden wegen der Unmöglichkeit, die Hunderttausende von Flüchtlingen im Wuppertal zu beherbergen. Im Interesse der Ruhe und Ordnung mußte erwogen werden, was geschehe, wenn die Flüchtlinge in das besetzte Gebiet übertreten. Wir hörten, sie sollen interniert werden.

### Kampf gegen die Reaktion.

Die Berliner Gewerkschaften erlassen folgenden Aufruf: Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Obwohl durch den Generalstreik unter dem einmütigen Widerstand der gesamten republikanischen Bevölkerung die drohende Militärdiktatur abgelenkt ist, rüstet die Reaktion zu neuem Schlag.

Die unterzeichneten Organisationen sind fest entschlossen, eine Wiedertehr des alten militärischen Regiments zu verhindern. Es haben zu diesem Zweck bereits Verhandlungen mit der Regierung stattgefunden, in denen die Einreichung von Arbeitern, Angestellten und Beamten in die Sicherheitswehren sowie in die neu aufzustellenden Ortswehren, vorbehaltlich der Vereinbarung technischer Einzelheiten, zugesichert wurde.

Wir fordern nunmehr die Ortsausschüsse bzw. Kartelle des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften, des Verbandes der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder), der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und des Deutschen Beamtenbundes auf, Einzelzeichnungen für den Eintritt in die Sicherheitswehren bzw. in die Ortswehren aufzulegen und alles weitere Erforderliche für die Heranziehung geeigneter organisierter Arbeitnehmer für den bewaffneten Schutz der Republik unverzüglich in die Hand zu nehmen.

Die aufzustellenden Listen müssen Angaben über die persönlichen und Militärverhältnisse der Bewerber enthalten.

Berlin, den 13. April 1920.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

gez. E. Begien.

Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften.

gez. Hugo Drist.

Verband der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder).

gez. Leonor Lewin.

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.

gez. H. Brenker.

Deutscher Beamtenbund.

gez. M. Lange.

Berliner Gewerkschaftskommission.

gez. Bollmershaus.

### Französische Kulturträger in der Goethestadt.

Das dänische Blatt „Finanz-Tidende“ schreibt: Goethe erzählt in „Wahrheit und Dichtung“ von der französischen Okkupation von Frankfurt in seiner Jugend. Damals verbreitete Frankreich durch seine Heere seine Kultur in Europa. Jetzt hat Frankreich abermals die Stadt Goethes okkupiert, jedoch durch Senegalneger, durch wilde Tiere, die auf den Gassen eine Senkenerarbeit verrichten haben. Gegen diese egoistischen Truppen unter französischer und englischer Leitung macht die Weltöffentlichkeit alle Rassen wurden gegen seine Grenzen im Osten und Westen geführt, und nun legen Afrikas Reger ihren Fuß auf den Nacken der weißen Rassen. Man begreift, daß Amerika, das auch seine Reger hat, von diesem Schritt Abstand nahm, und daß sogar England dies Spiel zu weitgehend findet. Die französische Politik hat ungewissheit mit dem Entschluß Amerikas beschleunigt, den Kriegszustand mit Deutschland als aufgehoben zu bezeichnen.

### Mangel an Ehrerbietung.

Der Verein Frankfurter Presse hat wegen der Bezeichnung zweier Mitglieder wegen Verbreitung angeblich falscher Nachrichten beim kommandierenden französischen General schriftlichen Protest eingeleitet. Beide Unterzeichner des Protestes sind nunmehr vom General mit je 1000 Mk. Buße belegt worden, weil sie in ihrem Schreiben es an Ehrerbietung hätten fehlen lassen.

# Deutschland.

## Sturm bei den Unabhängigen.

Die Taktik der Rüge und des Vergessens.

In der Generalversammlung des Reichsverbandes der Unabhängigen am Sonntag Abend...

Am Sonntag Abend... Die Taktik der Rüge und des Vergessens... Die Unabhängigen...

Es ist die Taktik der Rüge und des Vergessens... Die Unabhängigen...

Die Taktik der Rüge und des Vergessens... Die Unabhängigen...

Die Taktik der Rüge und des Vergessens... Die Unabhängigen...

Die Taktik der Rüge und des Vergessens... Die Unabhängigen...

## Börsenrevolution in Berlin.

Die Börsenrevolution in Berlin... Die Unabhängigen...

Die Börsenrevolution in Berlin... Die Unabhängigen...

## Nationalliberale Patentpatrioten.

Nationalliberale Patentpatrioten... Die Unabhängigen...

Nationalliberale Patentpatrioten... Die Unabhängigen...

## Der Schandfleck.

Das Fortgeschick des Bürgers...

Das Fortgeschick des Bürgers... Die Unabhängigen...

Die 'Freie Wirtschaftliche Vereinigung'... Die Unabhängigen...

## Lühows Schuldbeweis.

Schuld... Die Unabhängigen...

## Sehr wichtige Erklärung.

Sehr wichtige Erklärung... Die Unabhängigen...

Freiheit von Lühow, Major und Kommandeur

## Deutsch-russischer Gefangenenaustausch.

Deutsch-russischer Gefangenenaustausch... Die Unabhängigen...

## Soziales.

Der Stand der 'Polizeibürger'

Der Stand der 'Polizeibürger'... Die Unabhängigen...

Der Stand der 'Polizeibürger'... Die Unabhängigen...

Der Stand der 'Polizeibürger'... Die Unabhängigen...

# Danziger Nachrichten.

## Eine Mord- und Schieber-Sensation der 'Danziger Neuesten Nachrichten'.

Man mußte kein Veranwortlichkeitsgefühl für unser Volk... Die Unabhängigen...

Man mußte kein Veranwortlichkeitsgefühl für unser Volk... Die Unabhängigen...

Man mußte kein Veranwortlichkeitsgefühl für unser Volk... Die Unabhängigen...

Man mußte kein Veranwortlichkeitsgefühl für unser Volk... Die Unabhängigen...

Das Fortgeschick des Bürgers... Die Unabhängigen...

**Wettrennen des Schieberdoppelwagens in der Gr. Schwabengasse**  
 Aber die „Danz. Neue Nachrichten“ an demselben eine Kritik, der sich ein erheblicher Teil der Danziger Bevölkerung, Arbeiter wie Intellektuelle, durchaus nicht anschließen können und wollen. Es wird das ermordete Schieberdoppelwagen schlimmer Sorte mit den eigenartig klingen Worten besetzt: „Statt der erhofften Bereicherung, die ihm und seiner „Frau“ aus dem erwarteten Geschäft erblühen und ihm die Mittel zu einer gesteigerten Lebensfreude bieten sollte, sprang ihm und seiner Frau aus dem Zimmer, in dem der Handel abgeschlossen werden sollte, der Tod in seiner grausigsten Gestalt entgegen und nahm ihnen alles: Geld und Leben. Nun ein Sprichwort lautet: Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um. Haben wir nicht vor kurzem erlebt, daß die Polizei eine Kassa auf dem langen Markt unternahm und mehrere Personen, die auch dort „Geschäfte“ machen und sich „bereichern“ wollten, festnahm, was hat das genügt. Wer nicht im Gegenteil: Noch mehr als zuvor sieht man dort wie in dem Stadtbekanntem Gasse dortselbst Personen beiderlei Geschlechts und verschiedener Nationalität verkehren, um mit Kaufleuten und ähnlichen Mitteln Geschäfte zu machen, d. h. einer den anderen zu betrügen, abzählen und Geld dabei läßt vorübergehende arbeitslos und schließlich in fortgesetzter Arbeit ihr Brot verdienende Arbeiter, Angestellte und Beamte empfinden. Bereits gestern wurden wieder von vorgemerkten Personen Stimmen dort laut, daß dieser Doppelmord wohl sicher nicht der letzte sein wird, sondern innerhalb dieser internationalen Zeitlager bald selbst im gleichen oder ähnlichen Genre ein Meinungsprüfung sich vollziehen wird, weil ja die Polizei aufsehend gar nicht Herr der Lage dort ist werden kann. Selbstverständlich ist der Doppelmord auf schärfste zu beurteilen, aber er wäre nicht gewesen, wenn sowohl den Ermordeten wie den Mörder nicht die Gelegenheit zu jedem „Geschäftemachen“ geboten wäre. Ob nun auch die Mörder daran werden glauben müssen oder nicht, ist eine gleichzeitige Frage, aber mitverantwortlich ist eine Behörde an weiteren Untaten, wenn sie nicht mit allerhöchster Strenge gegen solche ein Geschäft auf dem langen Markt und an anderen Stellen einschreitet. Solche Volkverbrecher müssen ohne Ausnahme unerbittlich gemacht werden.

**M. J. Ingenieur.**  
 Als immerhin bemerkenswert wollen wir notieren, daß das hiesige unabhängige „Freie Volk“ das „Eingeladene“ zwar abdruckte, aber doch eine „revolutionäre“ Aenderung darin anbrachte. Die unabhängige Gesinnungstätigkeit machte aus „internationaler“ bloß — „nationale“ Betrüger, obwohl das Blatt vorher selbst von „verschiedener Nationalität“ schrieb. Es hat man dort jetzt also glücklich schon „nationale“ Betrüger verschiedener Nationalität“ angedeutet. Der Zweck heiligt die Mittel!

**Bezirksversammlungen des sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt.**

- Heute, Donnerstag, den 15. April, abends 6 1/2 Uhr:  
 1. Bezirk in der Aula des städt. Gymnasiums am Winterplatz.  
 2. Bezirk im Eingang der Petrischule am Farnplatz.  
 3. Bezirk (Bangfuhr) bei Krefin, Brunshöfnerweg 85.  
 11. Bezirk (Heubude) bei Schamische.  
 Tagesordnung in allen Versammlungen: 1. Bericht vom Parteitag. 2. Neuwahl der Bezirksleitung. 3. Wahlvorbereitungen. 4. Verschiedenes.  
 Den Bericht vom Parteitag geben die Delegierten der Bezirke.  
 Die kommenden Wahlen stellen große Ansprüche an die Organisation, deshalb muß jeder Genosse die Bezirksversammlung besuchen und sich bereitwillig in den Dienst der Partei stellen. Wer seinen Bezirk nicht kennt, begibt sich in das nächstgelegene Versammlungstotal.

**Einstellung des Eisenbahnverkehrs in Polen.**

Die polnische Eisenbahnverwaltung hat angeordnet, den gesamten Verkehr auch in den preussischen angrenzenden Teilen Polens vom 16. bis 25. April einzustellen. Die Stilllegung beginnt in der Nacht von Freitag, den 16. zu Sonnabend, den 17. April. Auch die Züge von Deutschland und Danzig dürfen nicht verkehren. Die Sperre soll dadurch verursacht sein, daß die polnischen Notizen, um den Schieflagen und Fälschungen entgegen zu wirken, gestempelt werden sollen.

**Die Aufgaben des Wirtschaftsamtess.**

Im das Gebiet der künftigen freien Stadt Danzig liegen, wie uns geschrieben wird, zurzeit noch vorwiegend auf dem Gebiet des Ernährungswesens für Menschen und Tiere, sowie auf dem Gebiet der Regelung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Außerdem ist ihm die Außenhandelsstelle angegliedert, die die Ein- und Ausfuhrerzeugnisse für Danzig zu prüfen hat. In allen anderen wirtschaftlichen Angelegenheiten ist noch der Magistrat der Stadt Danzig zuständig. Es wird daher dringend ersucht, in allen Fragen, die nicht die oben erwähnte Zuständigkeit des Wirtschaftsamtess betreffen, sich ausschließlich an den Magistrat zu wenden, da sonst Verzögerungen in der Erledigung unvermeidlich sind.

**Keine Höchstgrenzen für Mietsteigerungen.**

Der Ausschuss zur Festsetzung einer Höchstgrenze für Mietsteigerungen hat sich in seiner Sitzung nicht einigen können. Die Mietervertreter wollten den Höchstfuß von 20 Prozent festgesetzt wissen. Die Hausbesitzervertreter gingen darüber hinaus und verlangten zum Teil völlige Freiheit in der Festsetzung. Der Magistrat hatte nun zunächst eine Entscheidung zu treffen. Er hat in seiner Sitzung vom 23. März 1920 beschlossen, zurzeit von der Festsetzung einer Höchstgrenze für Mietsteigerungen abzusehen. Maßgebend für den Beschluß war zunächst der Gesichtspunkt, daß durch die Festlegung einer Höchstgrenze in vielen Fällen auch die Mieter benachteiligt werden würden, weil nach den Erfahrungen mit Höchstpreisen fast ausschließlich die Höchstpreise beansprucht werden. Ferner würde durch die Festsetzung einer Höchstgrenze der Grundbesitz des 7. der Mieterbeschwerdeordnung, wonach für die Entscheidungen des Einigungsamtes das „billige Ermessen“ maßgebend sein soll, durchbrochen werden. Abgesehen hiervon erscheint eine Höchstpreisfestsetzung für alle Mieträume einschließlich der Geschäftsräume für Danziger Verhältnisse nicht gangbar, da in vielen Fällen dadurch Danziger Bürger zugunsten von Ausländern geschädigt werden würden. Es steht die Absicht, die Frage der Höchstpreise in anderer Weise gleichzeitig mit der Frage der Gebührensatzung für Neubauten zu regeln. Nach dieser Stellungnahme des Magistrats hat der Regierungspräsident die Entscheidung zu treffen.

Wichtig ist, daß die Festsetzung von Höchstpreisen bei mechanischer Durchführung der Verordnung die Höchstpreise zu Mindestpreisen macht. Eine mehr als mechanische Durchführung der Gesetze darf man aber gerade vom Danziger Mieteinigungsamt kaum erwarten. Auf unsern Artikel „Schiedsgerichte und Mieteinigungsamt“, den wir bereits am 9. April veröffentlicht haben, hat das Amt unsere Ansicht noch gar nicht beantwortet. Dabei

hat die Weite nicht die Erhöhung der Mieten einzig mit der Vermehrung auf die Zukunft des Mieteneinigungsamtes, daß sie ohne weiteres um 30 Prozent steigern dürfe, durchgesetzt. In diese Lage umkehrte, so liegt juristisch wertlos der Tatbestand der Erpressung vor. Um so notwendiger ist, daß das Mieteneinigungsamt einschreitet, um die betroffenen Mieter vor der Gefahr der unerbittlichen Mieterhöhung zu schützen.

**Keine Verlängerung der Polizeistunde.**

Die Weiteorganisationen waren erneut beim Polizeipräsidenten vorstellig geworden und hatten die Aufhebung der preussischen Verordnung über die Polizeistunde verlangt, insbesondere für geschlossene Gesellschaften, die auf Grund dieser Verordnung auch höchstens bis 11.30 Uhr beisammen bleiben dürfen. In einer Aussprache im Polizeipräsidentium hat Polizeipräsident Stengetz dieses Verlangen abgelehnt unter Berufung auf die Unsicherheit in den Straßen Danzigs, die mit hervorgerufen werde durch die mangelhafte Beleuchtung, die die Kohlenknappheit im Gesele habe. Erst wenn diese letztere wieder beseitigt sei, könne man der Frage wieder näherzutreten.

Diese Stellungnahme des Polizeipräsidenten wird allseitige Billigung finden. Die „Danziger Zeitung“ hat deshalb gar kein Recht zu der etwas sehr unmaßvollen Behauptung, daß die „Danziger Bürgerwehr“ sich mit der Ullrich-Polizeistunde nicht befreundet kann. Die Besucher des „Danziger Hotes“ usw. usw. sind wahrlich nicht die Danziger Bürgerwehr. Aber es läßt sich gewisse Besätze zur besseren Beachtung der Polizeistunde kontrollieren.

**Die Ubergabe der Leuchttürme an Polen.** Die Ubergabe der seitlang unter preussischer Verwaltung stehenden Leuchttürme wie Orghel, Oela, Danziger Heilernest und Kirchturm an die polnische Regierung erfolgte am 14. und 15. April.

**Zur Ausfuhr von Unzugsgut.** Im heutigen Anzeigenteil wird bekannt gemacht, daß Ausfuhranträge für Unzugsgut von heute ab der Vorlage einer polizeilichen Bescheinigung bedürfen. Die Kasse der Außenhandelsstelle ist vom 15. d. Mts. ab von 8—12 Uhr vormittags geöffnet.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Am Sonntag, den 18. April, nachmittags 2 Uhr, Soubertausführung von Friedrich Schillers „Kabale und Liebe“ im Stadttheater. Karten sind zum Preise von 2 Mk. in der Buchhandlung Volkswacht, Am Spandhaus 6, in der Sagarrenhandlung Geisse Nachf., Lange Brücke, und im Vertikabureau, 4. Damm 711, in beschränkter Anzahl zu haben.

**Töchterer Anglistenfall.** Auf dem englischen Dampfer Palatia wurde der bei der Entladung tätige Arbeiter Theophil Schmittberg, Oliva, Joppoter Straße 71, von einer Schlinge mit in die Höhe gerissen und gegen die Luke geschleudert. Dabei zog er sich schwere Verletzungen zu. Der herbeigerufene Arzt konnte nur den bereits eingetretenen Tod feststellen.

**Eine Einbrecherjagd über Dächer.** Sie führte zur Festnahme des Diebes. Gegen 11 Uhr vormittags war bei dem Kaufmann Friede, Fischerstraße 52, eingebrochen worden, wobei der Verbrecher, der Maschinist und ehemalige Angehörige des Arbeiterrats des Instandhaltungsamtes Ferdinand Truhll aus Schiditz, als er seine Beute zusammenpacken wollte, von Frau Friede gefasst wurde. Er entfiel und wurde von dem Polizeiwachmeister Kriz bis zum Katharinen-Kirchenteig verfolgt, wo er im Hause Nr. 18/14 hochstieg, um über die Dächer zu entkommen. Mit Hilfe des Polizeiwachmeisters Papp II gelang es jedoch, auf dem nächsten Hause seiner habhaft zu werden. Als man sich ihm näherte, kletterte er in die Tasche, so daß man annehmen mußte, daß er sich mit dem Revolver verteidigen würde. Bei seiner Festnahme trug der Verbrecher eine Säbelverletzung an der linken Hand davon. Truhll, der vorbestraft ist, ist bereits dem Gerichtsfängnis zugeführt worden. Er behauptet, daß bei dem Einbruch noch zwei andere, ihm angeblich unbekannte Männer beteiligt gewesen seien.

**Aus den Gerichtssälen.**

**Gefängnisstrafe für Streikvergehen.**

Am 8. Januar begann in Danzig ein Streik der Versicherungsangestellten, bei dem die Streikenden einen Demonstrationsumzug veranstalteten. 10 Teilnehmer hatten sich gestern vor der Strafkammer wegen Zusammenrottung und Hausfriedensbruches zu verantworten. Diese Angeklagten sind die Versicherungsbeamten Kurt A. in Danzig, Alfred G. in Danzig, Oswald R. in Oliva, Walter S. in Danzig, Hermann Sch. in Danzig, Kassierer Friedrich B. in Danzig, Handlungsgehilfe Hermann R. in Bangfuhr, die Versicherungsbeamten Walter F. in Danzig, Helmut D. in Danzig und Bruno A. in Danzig. Nach der Beweisaufnahme war es in Danzig wegen der Gehaltsforderungen zu einem Streik der Versicherungsangestellten gekommen. Am Morgen des ersten Streiktages zogen die Streikenden durch die Straßen und vor die Versicherungsgeschäfte. Die Absicht war, durch die öffentliche Kundgebung dieser Angestellten des Versicherungsgewerbes, die etwa noch arbeiteten, zu veranlassen, sich dem Streik anzuschließen. Streikleiter war der Angeklagte A., der am Ende des Zuges marschierte. Man zog vor das Geschäft von Rißmann, Salomon, Rauenhosen, Jaktor. Abordnungen gingen dann in die betreffenden Geschäfte, um mit den Generalagenten zu verhandeln und sie zu veranlassen, ihren Angestellten das Verlassen des Geschäfts freizugeben und das Aufgeben der Arbeit den Angestellten selbst nahe zu legen. Dieser Abordnung schlossen sich andere Teilnehmer des Zuges und andere Personen an, die in den Treppenhallen und teilweise in die Geschäftsräume eindrangen. Der Aufforderung, das Lokal zu verlassen, wurde nicht sofort Folge geleistet. Zum Teil war es auch schwierig, da der Eingang durch Streikende versperrt wurde. Die Generalagenten gestanden ihren Angestellten, den Dienst zu verlassen. A. will die Absicht verfolgt haben, darauf zu sehen, daß bei diesen Vorgängen alles ordnungsmäßig und ruhig zugeht. Er will sich auch der Aufforderung, das Lokal zu verlassen, angeschlossen haben. Bei Rißmann wurden 2 Damen zurückgehalten, die 14 Tage vorher zu Produzenten verurteilt wurden, weil sie in diesem Falle nicht die Verpflichtung hatten, sich einem Streik anzuschließen. Von dieser Ernennung wußte der Streikleiter noch nichts, so daß man sich hierüber Gewißheit verschaffen wollte. Die beiden Damen blieben dann auch zurück und brauchten sich dem Streik nicht anzuschließen. Bei Salomon und Rauenhosen verließ der Generalagent die Geschäftstür und öffnete auf das Klopfen der Draußenstehenden nicht. Als er vom Fenster aus einen vorübergehenden Major der Sicherheitswehr herausgerufen hatte, öffnete er diesem die Tür und nun drangen auch die Streikenden ein. Sie wurden aufgefordert das Lokal zu verlassen, doch wurde

dieser Aufforderung nicht sofort nachgekommen. Den beschriebenen Umständen wurde hier freigesprochen, die Arbeit zu lassen. Ähnlich war es bei Jaktor, wo 7 Personen in das Geschäft gingen. Unter den Teilnehmern befanden sich auch jugendliche Personen und auch solche, die den Streikenden fern standen.

Der Staatsanwalt hielt einfachen und gemeinsamen Hausfriedensbruch durch Zusammenrottung für vorliegend und beantragte gegen Joh. Freisprechung, gegen F. D. und J. je 3 Monate Gefängnis, gegen die übrigen Angeklagten je 6 Monate Gefängnis. Der Verteidiger beantragte Freisprechung oder Geldstrafe. Das Gericht kam zu folgendem Urteil: Es liege dem Gericht fern, zu den Lokalkontingenten Stellung zu nehmen. Es wolle nur Gesetzesübertretungen, die etwa begangen werden, treffen und nehmen in Bezug auf das Strafmaß Rücksicht auf die Allgemeinheit. Je gefährlicher eine Tat für die Allgemeinheit ist, desto härter müsse die Strafe ausfallen. Joh. wird freigesprochen, da er sich an dem Hausfriedensbruch nicht beteiligt hat. Von einer Zusammenrottung werden alle Angeklagten freigesprochen. Es liege nur Hausfriedensbruch vor. Das Gericht habe zum Teil in Rücksicht auf die Gefährlichkeit für die Allgemeinheit auf Gefängnisstrafe erkannt. Bei L., G. und R. liegen 2 Fälle vor und es werde jeder zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Gegen S. wird auf eine Woche, gegen D. und A. auf drei Wochen Gefängnis, gegen F., D. und J. auf je 50 Mark Geldstrafe erkannt.

Das Urteil ist unbegreiflich hart. Mögen die Angestellten bei ihrem Vorgehen zwar nicht alle einschlägigen Gesetzesparagrafen ganz genau beachtet haben, so ist es aber ein Unding und eine völlige Verkennung der die Beschuldigten leitenden Absichten, ihre Tot als gemeingefährlich zu bezeichnen. In der „D. R. N.“ verteidigte ein Jurist kürzlich die „Unabhängigkeit“ der Richter, deren Berechtigungsgefühl über jeden Zweifel erhaben sei. Eine treffende Illustration hierfür bildet dieses objektive erschreckend harte Urteil, das die streikenden Angestellten wegen ihrer „Gemeingefährlichkeit“ ins Gefängnis steckt, während der Schützenkönig und frühere Stadtv. Fiebig, der ja nur die Milch für die Kinder und Schwangeren gefälcht, mit einer geringen Geldstrafe bedacht wurde. Mögen die Angestellten auch aus diesem Urteil erkennen, wie notwendig auch die politische Umgestaltung des Freistaates ist und am 16. Mai ihre Stimme der Sozialdemokratie geben.

**Filmchau.**

Die Modernen Kunst-Bildspiele in Bangfuhr machen die Einwohner des Vorortes augenblicklich mit dem bekannten expressionistischen Filmwerk „Das Kabinett des Dr. Caligari“ bekannt. Aber dessen Aufführung in einem Danziger Spielhaus wir bereits berichtet haben. Die spannenden Vorgänge in der modernen, aber doch stets verständlichen szenischen Aufmachung finden nicht nur bei den Anhängern dieser Ausrichtung Interesse und Anteil. Ein anderes schmerzhaftes Drama „Das Todesurteil“ ist eine flammende Anklage gegen das Rechtsmittel der Todesstrafe und darf als Aufklärungsfilm bester Art angesehen werden. Es wird darin ein Mensch auf Grund von Indizienbeweisen zum Tode verurteilt, und nachdem das Urteil vollstreckt ist, der eigentliche Mörder entdeckt. Die Vorstellungen der Bildspiele werden vom Publikum stark besucht, denn außer den Bilderdarstellungen tritt augenblicklich ein unverwundbarer indischer Dämon auf, der schier unglaubliche Dinge vollführt: Feuer schluckt, in Glascherben mühlt, darin herumspringt, ein rotglühendes Eisen fast legt u. a. m.

**Polizeibericht vom 15. April 1920.** Verhaftet: 17 Personen, darunter 13 wegen Diebstahls und 4 in Polizeihast. — Gefunden: 1 Haarpfeil, abzuholen von Herrn Amtsgerichtsekretär Richter, Werligasse 1 o l. — Verloren: 1 schwa. Portemonnaie mit 186 Mk., Schlüssel, gold. Uhrschlüssel und 1 Schep; 1 schwa. led. Handtasche mit 3800 poln. und circa 570 deutschen Mark. Paß und Visitenkarten für Hans Hirschbach; abzugeben im Jumbubureau des Polizeipräsidentiums.

**Standesamt.**

**Todesfälle:** Sohn des verstorbenen Kriegsinvaliden Friedrich Koflowski, 6 M. — Schuhmacher Karl Lehrs, 77 J. — Witwe Auguste Wagner geb. Tröws, 84 J. 1 M. — Frau Bertha Siefel geb. Krause, 26 J. 1 M. — Witwe Franziska Stowonski geb. Widjowski, 77 J. 6 M. — Witwe Wilhelmine Kuntz geb. Zimmermann 86 J. 5 M. — Witwe Mathilde Neumann geb. Rätz, 79 J. 6 M. — Witwe Elisabeth Peters geb. Schidowski, 83 J. 6 M. — Besitzer Gustav Klatt, 56 J. 3 M. — Besitzer Theophil Kretz, 69 J. 6 M. — Aufseher Johann Senner, 65 J. 10 M. — Unverheh. Auguste Meyer, 70 J. 7 M. — Tochter des Arbeiters Alfred Gannemann, totgeb. — Witwe Helene Neumann geb. Aehl, 64 J. 9 M. — Unverh. 1 Sohn.

**Wasserstandsnotizen am 15. April 1920.**

	gestern	heute	gestern	heute
Thorn . . . . .	+1,94	—	Dielitz . . . . .	+1,98
Friborn . . . . .	+1,90	—	Dirschau . . . . .	+2,35
Culm . . . . .	+1,82	—	Einlage . . . . .	+2,40
Graubenz . . . . .	+2,00	—	Schönewald . . . . .	+2,52
Kurzbrack . . . . .	+2,37	—	Wolfsdorf . . . . .	+0,24
Montauerhöhe . . . . .	+1,94	—	Anwath . . . . .	+0,99

**Aus dem deutschen Osten.**

**Banbeamtenstreik in Königsberg.**  
 In einer gestern abend in der Girdenburgschule abgehaltenen allgemeinen Banbeamtenversammlung wurde, nachdem die Banbeamten den gestrigen Mittag für die Annahme der Forderungen der Banbeamten gestellten Termin, der um 4 Uhr abließ, nicht wahrnehmen lassen und eine Frist von weiteren 10 Tagen zur Beschlußfassung verlangten, mit allen gegen neun Stimmen für heute fest der Generallstreik beschlossen. Circa 600 Angestellte waren anwesend.

**Telegramme.**

**Püttwig in Pommern verhaftet.**

Berlin, 15. April. (W. B.) Durch umfangreiche Ueberwachungen der Güter in der Provinz Pommern ist es heute vormittag in Hork jügländ, des Generals Püttwig sowie des Majors Bischof habhaft zu werden. In Stolpmünde konnte ein Propagandabureau der Bolschewiktruppen ausgehoben werden. Sämtliche Verhafteten wurden unter strenger Bedeckung nach Stettin gebracht.

Demagogen des Brudermordes.

Nachtrag erst hat bei jeder unabhängigen Weltkraft seine objektive Sachlichkeit...

Die demagogische Propaganda hat sich in der letzten Zeit...

Die demagogische Propaganda hat sich in der letzten Zeit...

Die demagogische Propaganda hat sich in der letzten Zeit...

Die demagogische Propaganda hat sich in der letzten Zeit...

Die demagogische Propaganda hat sich in der letzten Zeit...

Weshalb die Regierung die unheimliche Bevölkerungszunahme...

Die demagogische Propaganda hat sich in der letzten Zeit...

Neue Reisebestimmungen nach Deutschland.

Die demagogische Propaganda hat sich in der letzten Zeit...

Die demagogische Propaganda hat sich in der letzten Zeit...

Die demagogische Propaganda hat sich in der letzten Zeit...

Die demagogische Propaganda hat sich in der letzten Zeit...

Str. Towers Besuch in Warschau.

Dienstagabend besah sich Sir Reginald Tower, begleitet von...

Über den Besuch dieser Stelle ist öffentlich nicht bekannt...

Der Mord in der Hundegasse.

Am 17. April 1920, um 10 Uhr, wurde in der Hundegasse...

Letzte Nachrichten.

Reichswehr gegen Räuberhauptmann Hölz. Dresden 14. April. Truppen befehden am 14. April...

Der Termin der Reichstagswahlen. Der „Sozialistischen Korrespondenz“ zufolge werden die...

Chefredakteur Adolf Bartel. Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Bartel...

NERO Ab Freitag, d. 16. April U. T.-Lichtspiele.

Ämliche Bekanntmachungen. Wegen des Jahresabschlussjahres 1919...

Bekanntmachung über das bei Herd- und Viehauktionen getohtene Vieh.

Bekanntmachung über das bei Herd- und Viehauktionen getohtene Vieh.

NERO Ab Freitag, d. 16. April U. T.-Lichtspiele.

Stadttheater Danzig. Donnerstag, den 15. April 1920, abends 8 Uhr. Peer Gynt.

Lichtbild-Theater. Das ewige Rätsel.

Das ewige Rätsel. Drama in 5 Akten mit Carola Toelle Werner Krauss.

Kleine Anzeigen. In unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Deutscher Eisenbahner-Verband Ortsgruppe Danzig. Sonntag, den 18. April 1920, vorm. 9 Uhr.

Die in den Vorträgen des Professors Poenske empfohlenen Schriften zur Einführung in die Freigeld-Theorie.

Schneide-Kursus. Ein neuer Kursus nach dem Meisterschaft-System beginnt am Freitag, den 16. April.

Sämtliche Farben u. Lacke. garantiert reiner Leinölfirnis.

Wundmittel, Operade, Bismut-Nichtenalbe mit Erfolg angewandt bei...

Volksfürsorge. Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft.

Getragene Kleider. feine Herrenhüte u. geir. Schuhe billig zu verkaufen.

Im Totthaus. Ein Zentralschrank. Der Kapsel, abwechselnd im harten...

Stadttheater Danzig. Donnerstag, den 15. April 1920, abends 8 Uhr. Peer Gynt.

Lichtbild-Theater. Das ewige Rätsel.

Das ewige Rätsel. Drama in 5 Akten mit Carola Toelle Werner Krauss.

Kleine Anzeigen. In unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Deutscher Eisenbahner-Verband Ortsgruppe Danzig. Sonntag, den 18. April 1920, vorm. 9 Uhr.

Die in den Vorträgen des Professors Poenske empfohlenen Schriften zur Einführung in die Freigeld-Theorie.

Schneide-Kursus. Ein neuer Kursus nach dem Meisterschaft-System beginnt am Freitag, den 16. April.

Sämtliche Farben u. Lacke. garantiert reiner Leinölfirnis.

Wundmittel, Operade, Bismut-Nichtenalbe mit Erfolg angewandt bei...

NERO Ab Freitag, d. 16. April U. T.-Lichtspiele.

Bei Rheumatismus. Schicht, Gliederreizen, Versetzungen, Steifheit der Gelenke...

Schaffelle sowie alle übrigen Häute und Felle kaufen zu den besten Tagespreisen.

NERO Ab Freitag, d. 16. April U. T.-Lichtspiele.